

Untätiger Rathauschef schadet der Gemeinde

CDU Brachtal kritisiert Stürz nach Angriffen

Brachtal (re). Mit Bestürzung reagiert die Brachtaler CDU-Fraktion auf die Angriffe des Bürgermeisters gegen die Union (GNZ berichtete am Samstag). Stürz lenke mit seinen öffentlichen Attacken doch nur vom eigentlichen Problem ab: seiner Untätigkeit. Nachdem der Haushaltsentwurf bereits seit Oktober vergangenen Jahres ohne jegliche Diskussion im Gemeindevorstand vorlag, sei es doch der Bürgermeister, der mit einem nicht einmal beratenen Haushaltsentwurf gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden noch im Februar ins Finanzministerium nach Wiesbaden fahren wollte, um Hilfe zu suchen.

Erst auf massiven Druck der CDU-Fraktion, den Haushalt unverzüglich einzubringen, habe der Gemeindevorstand ihn ohne Beratung im März in die Gremien eingebracht. Wenn der Bürgermeister nun Fragen und Meinungsäußerungen der gewählten Mandatsträger als Störung empfindet, so zeige das sein mangelndes Demokratieverständnis. Tatsache sei, dass zahlreiche Beschlüsse der vorjährigen Haushaltsberatungen nicht umgesetzt, Zusagen nicht eingehalten worden seien: Verschleppte Umsetzungen bei den Windkraft- und den Radaranlagen, fehlende Gebührensatzungen, unsanierte Abwasserkanäle in Schlierbach oder kommentarlos fehlende Unterlagen zum Stellenplan der Gemeinde. Nicht die enga-

gierten Mitarbeiter im Rathaus seien das Problem, sondern der Bürgermeister als Dienststellenleiter. Die CDU-Fraktion stellt sich ausdrücklich vor die Mitarbeiter der Verwaltung. „Warum der Bürgermeister, wie er sagt, Mitarbeiter aufmuntern oder trösten muss, erschließt sich uns nicht. So geht es bei der Diskussion um den Stellenplan um keine einzige besetzte Stelle, sondern um eine Stelle, die schon länger als ein Jahr unbesetzt ist. Obwohl Bürgermeister Stürz diese Stelle noch vor einem Jahr als unverzichtbar dargestellt hatte, wurde sie von ihm erst im März dann auch öffentlich ausgeschrieben“, teilt die CDU mit. Die Frage, ob diese Stelle notwendig sei, sei mehr als berechtigt. Die Union suche Spielraum, um fehlende Einnahmen ausgleichen zu können, ohne wieder die Grundsteuer B als letztes Mittel erhöhen zu müssen.

Bei den laufenden Haushaltsberatungen hätten fast alle Fraktionen der Gemeindevertretung - CDU, Freie Wähler und Grüne - zahlreiche Kritikpunkte geäußert, lediglich die SPD beteiligte sich mit keinem einzigen Beitrag an den Beratungen. Der Beschluss, den Gemeindevorstand zur Nichtbesetzung der ausgeschriebenen Stelle aufzufordern, sei dann sogar einstimmig erfolgt. „Schade, dass der Bürgermeister das nicht miterlebt hat - er war bei den Beratungen nicht anwesend. Wer stört hier?“, fragt die CDU.

GNZ 27.04.2015 S 40